

1983

Ausgegeben zu Bonn am 25. Februar 1983

Nr. 6

Tag	Inhalt	Seite
18. 2. 83	Viertes Gesetz zur Änderung des Zuckersteuergesetzes 612-4, 612-4-1	101
21. 2. 83	Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich neu: 404-19-3	105
21. 2. 83	Erste Verordnung zur Änderung der Kakaoverordnung 2125-40-5	107
22. 2. 83	Änderungsverordnung 1982 zur Ersten bis Dritten Durchführungsverordnung zum Bundesent- schädigungsgesetz 251-1-1, 251-1-2, 251-1-3	108
Hinweis auf andere Verkündungsblätter		
	Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 4	127

Viertes Gesetz zur Änderung des Zuckersteuergesetzes

Vom 18. Februar 1983

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Zuckersteuergesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 612-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 4 des Gesetzes vom 12. September 1980 (BGBl. I S. 1695), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) An die Stelle des bisherigen Absatzes 1 treten folgende neue Absätze 1 und 2:

„(1) Zucker, der im Erhebungsgebiet hergestellt oder in dieses eingeführt wird, unterliegt der Zuckersteuer. Das Erhebungsgebiet ist der Geltungsbereich des Gesetzes ohne die Zollauschlüsse und Zollfreigebiete. Die Zuckersteuer ist eine Verbrauchsteuer im Sinne der Abgabenordnung.

(2) Zucker im Sinne dieses Gesetzes sind

1. Rübenzucker und Zucker der chemischen Zusammensetzung des Rübenzuckers,
2. Invertzucker,
3. Stärkezucker und Zucker der chemischen Zusammensetzung des Stärkezuckers,

4. Isoglukose und Zucker der chemischen Zusammensetzung der Isoglukose,

5. Fruchtzucker.

Natürlicher Honig gilt nicht als Zucker im Sinne dieses Gesetzes.“

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wird wie folgt gefaßt:

„(3) Rübenzucker im Sinne dieses Gesetzes sind aus Rüben gewonnene feste und flüssige Zucker, einschließlich der Rübensäfte, der Füllmassen und der Zuckerabläufe, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob bei der Herstellung andere zuckerhaltige Stoffe oder Zucker mitverwendet worden sind. Rübenzucker sind auch feste und flüssige Zucker, die durch Entzuckerung oder Raffination von Rübenzuckerabläufen, Raffination von Rohzucker oder Auflösen von festem Rübenzucker gewonnen werden. Wird Rübenzucker weiterverarbeitet und werden dabei feste oder flüssige Zucker gewonnen, die Invertzucker oder Fruchtzucker sind oder die chemische Zusammensetzung von Stärkezucker oder Isoglukose aufweisen, so sind diese nach der jeweiligen Zuckerart des Absatzes 2 Nr. 2 bis 5 zu behandeln.“

c) Es wird folgender neuer Absatz 4 eingefügt:

„(4) Invertzucker im Sinne dieses Gesetzes sind aus anderen Zuckern, zum Beispiel Saccharose, oder invertzuckerhaltigen Stoffen oder durch Umwandlung anderer Stoffe gewonnene feste und flüssige Zucker, deren Trockenmasse mindestens 50 Gewichtshundertteile Dextrose und Fruktose zu gleichen Teilen enthält. Gewichtsabweichungen im Verhältnis von Dextrose zu Fruktose bis zu fünf vom Hundert bleiben unberücksichtigt. Zucker, die auch die Voraussetzungen des Absatzes 6 Satz 1 erfüllen, werden nur dann als Invertzucker behandelt, wenn der Dextrose- und Fruktosegehalt in der Trockenmasse 70 vom Hundert oder mehr beträgt.“

d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5 und wird wie folgt gefaßt:

„(5) Stärkezucker im Sinne dieses Gesetzes sind aus Stärke gewonnene feste und flüssige Zucker, soweit es sich dabei nicht um Zucker nach Absatz 2 Nr. 1, 2, 4 oder 5 handelt, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob bei der Herstellung andere zuckerhaltige Stoffe oder Zucker mitverwendet worden sind. Stärkezucker ist auch Maltose (Malzzucker).“

e) Es werden folgende neue Absätze 6 bis 8 eingefügt:

„(6) Isoglukose im Sinne dieses Gesetzes sind aus Glukose, Glukosepolymeren oder Dextrose gewonnene feste und flüssige Zucker mit einem Fruktosegehalt in der Trockenmasse von mindestens 10, aber nicht mehr als 50 Gewichtshundertteilen. Enthalten so gewonnene Erzeugnisse einen geringeren Fruktosegehalt in der Trockenmasse als 10 Gewichtshundertteile, so werden sie insgesamt als Stärkezucker behandelt. Für nach Satz 1 gewonnene Erzeugnisse mit einem höheren Fruktosegehalt in der Trockenmasse als 50 Gewichtshundertteilen gilt Absatz 7. Erfüllen Erzeugnisse nach Satz 1 die Voraussetzungen des Absatzes 4, so werden sie als Invertzucker behandelt, wenn der Dextrose- und Fruktosegehalt in der Trockenmasse 70 vom Hundert oder mehr beträgt.

(7) Fruchtzucker im Sinne dieses Gesetzes sind aus anderen Zuckern, zum Beispiel Invertzucker, oder fruktosehaltigen Stoffen oder durch Umwandlung anderer Stoffe gewonnene feste und flüssige Zucker, deren Trockenmasse mehr als 50 Gewichtshundertteile Fruktose enthält. Absatz 4 bleibt unberührt.

(8) Zucker der chemischen Zusammensetzung des Rübenzuckers, des Stärkezuckers oder der Isoglukose sind solche Zucker, die diesen Zuckerarten in ihrer chemischen Zusammensetzung jeweils entsprechen, aber auf andere Weise als in den Absätzen 3, 5 und 6 angegeben, zum Beispiel aus anderen Ausgangsstoffen, hergestellt worden sind; solche Zucker werden wie die entsprechenden Zuckerarten behandelt. Dies gilt auch dann, wenn solche Zucker auf Grund der zu ihrer Herstellung verwendeten Ausgangsstoffe andere Begleitstoffe als diese Zuckerarten aufweisen.“

f) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 9 und wird wie folgt gefaßt:

„(9) Zucker ohne nähere Bezeichnung sind sämtliche nach den Absätzen 2 bis 8 der Zuckersteuer unterliegenden Erzeugnisse.“

2. § 2 wird aufgehoben.

3. Die Überschrift vor § 3 und § 3 werden wie folgt gefaßt:

„Steuertarif

§ 3

(1) Die Steuer für Zucker beträgt, soweit in den Absätzen 3 bis 7 nichts anderes bestimmt ist, 6 Deutsche Mark für 100 Kilogramm Eigengewicht.

(2) Für die Besteuerung der in den Absätzen 3 bis 7 bezeichneten Zucker ist ihr Reinheitsgrad maßgebend. Reinheitsgrad ist

1. bei Rübenzucker der Gehalt der Trockenmasse an Saccharose und Invertzucker in Gewichtshundertteilen,

2. bei Invertzucker, Stärkezucker einschließlich Stärkezuckerabläufen, bei Isoglukose und Fruchtzucker der Gehalt der Trockenmasse an reduzierenden Stoffen – bei saccharosehaltigem Invertzucker nach Inversion der Saccharose –, berechnet als Dextrose, in Gewichtshundertteilen.

(3) Steuerfrei bleiben:

1. Rüben- und Rohrzuckerabläufe, Rübensäfte (Rübensirup, Rübenkraut und Rübenkreude), andere Rübenzucker- und sonstige Saccharoselösungen, flüssiger Invertzucker und Mischungen dieser Erzeugnisse mit einem Reinheitsgrad von weniger als 70 vom Hundert,

2. Stärkezucker – ohne die in Nummer 3 bezeichneten Stärkezuckerabläufe – mit einem Reinheitsgrad von weniger als 10 vom Hundert,

3. Abläufe der Stärkezuckerherstellung, die sich nach Aussehen und Geschmack als solche kennzeichnen und einen Gesamtchloridgehalt in der Trockenmasse von 1,5 Gewichtshundertteilen oder mehr haben, mit einem Reinheitsgrad von weniger als 74 vom Hundert,

4. flüssige Isoglukose mit einem Reinheitsgrad von weniger als 20 vom Hundert.

(4) Die Steuer beträgt für Rübensäfte, die aus gekochten und zerkleinerten frischen Rüben oder aus getrockneten vollwertigen Rübenschnitzeln im Preßverfahren, auch unter Zusatz von Braunkohle, jedoch ohne chemische Reinigung hergestellt worden sind,

bei einem Reinheitsgrad von 70 bis 95 vom Hundert 1,80 Deutsche Mark für 100 Kilogramm Eigengewicht.

Die Anwendung dieses Steuersatzes wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß das rübensafthaltige Wasser, das bei dem das Preßverfahren vorbereitenden Kochen oder Dämpfen der Rüben anfällt, den weichgekochten Rüben, Rübenschnitzeln oder dem Preßsaft zugesetzt wird.

(5) Die Steuer beträgt für die anderen in Absatz 3 Nr. 1 bezeichneten Erzeugnisse mit einem Reinheitsgrad von mindestens 70 vom Hundert:

1. bei einem Reinheitsgrad von mehr als 95 vom Hundert
4,20 Deutsche Mark für 100 Kilogramm Eigen-
gewicht,
2. bei einem Reinheitsgrad bis 95 vom Hundert
3,60 Deutsche Mark für 100 Kilogramm Eigen-
gewicht.

(6) Die Steuer für Stärkezucker beträgt:

1. bei einem Reinheitsgrad von mehr als 95 vom Hundert
5,40 Deutsche Mark für 100 Kilogramm Eigen-
gewicht,
2. bei einem Reinheitsgrad bis 95 vom Hundert
2,40 Deutsche Mark für 100 Kilogramm Eigen-
gewicht.

(7) Die Steuer beträgt für flüssige Isoglukose mit einem Reinheitsgrad von mindestens 20 vom Hundert und für flüssigen Fruchtzucker:

1. bei einem Reinheitsgrad von mehr als 95 vom Hundert
4,20 Deutsche Mark für 100 Kilogramm Eigen-
gewicht,
2. bei einem Reinheitsgrad von 70 bis 95 vom Hundert
3,60 Deutsche Mark für 100 Kilogramm Eigen-
gewicht,
3. bei einem Reinheitsgrad von weniger als 70 vom Hundert
2,40 Deutsche Mark für 100 Kilogramm Eigen-
gewicht.“

4. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

„Die Steuer entsteht dadurch, daß Zucker aus einem angemeldeten Herstellungsbetrieb entfernt oder zum Verbrauch im Betrieb entnommen wird, und zwar im Zeitpunkt der Entfernung oder der Entnahme.“

bb) In Satz 2 wird nach dem Wort „Herstellungsbetriebes“ der Klammerzusatz „(Hersteller)“ angefügt.

b) Absatz 2 wird durch folgende Absätze 2 und 3 ersetzt:

„(2) Für Zucker, der außerhalb eines angemeldeten Herstellungsbetriebes hergestellt wird, entsteht die Steuer mit der Herstellung. Steuerschuldner ist, wer an der Herstellung des Zuckers beteiligt war.

(3) Ergibt sich in den Fällen des § 4 a Abs. 3, daß ein Steuervorteil eingetreten ist, so entsteht zu seinem Ausgleich insoweit mit Ablauf des letzten Monats des maßgebenden Kalender- oder Betriebsjahres eine Steuer. Steuerschuldner ist der Inhaber des Betriebes, der Räume oder Raumteile, in dem oder in denen der Zuckersteuer unterliegende Erzeugnisse aus versteuertem Zucker hergestellt worden sind.“

5. § 4 a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Sie umfaßt die Gesamtheit der baulich zueinander gehörenden Räume, in denen sich die Einrichtungen zum Herstellen, Be- oder Verarbeiten, Abpacken und Umpacken des Zuckers, die Lagerstätten für Rohstoffe, Zwischenerzeugnisse und Fertigerzeugnisse, die Ladeeinrichtungen, die Werkstätten zur Instandhaltung des Betriebes und die Verwaltung befinden, ferner die Räume, Flächen, Rohrleitungen und ortsfesten Transportanlagen, die diese Räume miteinander verbinden, sowie die daran angrenzenden Flächen, soweit sie für betriebliche Zwecke genutzt werden.“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Das Hauptzollamt kann, wenn die Steuer-
aufsicht nicht beeinträchtigt wird, auf Antrag
zulassen, daß – abweichend von Absatz 1 –

1. einzelne Räume, Raumteile und Flächen als nicht zum Herstellungsbetrieb gehörend behandelt werden, sofern hierfür ein berechtigtes Bedürfnis besteht,
2. Räume am gleichen Ort, in denen Zucker abgepackt, umgepackt oder zu zuckerhaltigen Waren verarbeitet wird, als zum Herstellungsbetrieb gehörend behandelt werden,
3. Lagerstätten außerhalb des Herstellungsbetriebes, in die der Hersteller Zucker aus seinem Herstellungsbetrieb zum Lagern verbringt, weil der Lagerraum innerhalb des Herstellungsbetriebes nicht ausreicht, als zum Herstellungsbetrieb gehörend behandelt werden,
4. Räume außerhalb des Herstellungsbetriebes, in die der Hersteller von einem anderen Herstellungsbetrieb übernommenen, zur weiteren Verarbeitung in seinem Betrieb bestimmten Rohzucker zur vorübergehenden Lagerung verbringt, weil der Lagerraum innerhalb seines Herstellungsbetriebes nicht ausreicht, als zu seinem Herstellungsbetrieb gehörend behandelt werden.“

c) Es wird folgender neuer Absatz 3 angefügt:

„(3) Das Hauptzollamt kann ferner auf Antrag
widerruflich zulassen, daß

1. Betriebe, in denen der Zuckersteuer unterliegende Erzeugnisse ausschließlich aus versteuertem Zucker hergestellt werden, nicht als Herstellungsbetrieb nach Absatz 1 behandelt werden,
2. in Räumen oder Raumteilen, die nach Absatz 2 Nr. 1 aus einem Herstellungsbetrieb ausgegliedert worden sind, der Zuckersteuer unterliegende Erzeugnisse ausschließlich aus versteuertem Zucker hergestellt werden, ohne daß diese Räume oder Raumteile als Herstellungsbetrieb nach Absatz 1 behandelt werden.

Die Zulassung darf nur erteilt werden, wenn zu erwarten ist, daß dadurch kein Steuervorteil für den Inhaber des Betriebes, der Räume oder

Raumteile eintritt. Ein Steuervorteil liegt vor, wenn der Steuerbetrag für die Gesamtmenge der hergestellten Erzeugnisse bei einer Entfernung aus einem Herstellungsbetrieb nach Absatz 1 höher wäre als der Steuerbetrag, der auf den zu ihrer Herstellung verwendeten versteuerten Zucker entfällt. Die Zulassung ist zu widerrufen, wenn sich nach Ablauf des auf ihre Erteilung folgenden Kalender- oder Betriebsjahres ergibt, daß ein Steuervorteil eingetreten ist."

6. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Eine nach § 4 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 3 Satz 1 entstandene Steuer hat der Steuerschuldner bis zum letzten Werktag des auf die Entstehung der Steuer folgenden Monats zu entrichten.“

b) Es wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Eine nach § 4 Abs. 2 Satz 1 entstandene Steuer wird mit ihrer Entstehung fällig.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

7. § 9 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 2 werden die Worte „zur weiteren Be- oder Verarbeitung, zur Lagerung oder zum Um- oder Abpacken“ gestrichen.

bb) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 4 a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2“ durch die Angabe „§ 4 a Abs. 2 Nr. 3“ ersetzt.

b) In Absatz 4 Nr. 1 Buchstabe a werden nach dem Wort „Zolltarifs“ die Worte „oder von Waren zur Herstellung von Waren der Nr. 24.02 des Zolltarifs“ eingefügt.

8. In § 10 wird das Wort „Betrieb“ durch das Wort „Herstellungsbetrieb“ ersetzt.

9. § 11 wird wie folgt gefaßt:

„§ 11

Betriebe, die Zucker herstellen, unterliegen der Steueraufsicht. Dies gilt auch in den Fällen des § 4 a Abs. 3 des Gesetzes. Sind die Räume, in denen sich

die Verwaltung befindet, von diesem Betrieb örtlich getrennt, so unterliegen auch diese Räume der Steueraufsicht.“

10. § 14 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 werden die Worte „des § 1 Abs. 1, 2 und 3 und“ gestrichen.

b) In Nummer 2 werden die Worte „von Rübenzuckererzeugnissen und von Stärkezucker“ durch die Worte „von Zucker“ ersetzt.

c) Es wird folgende neue Nummer 4 angefügt:

„4. zur Vermeidung nicht gerechtfertigter Steuervorteile anzuordnen, daß in das Erhebungsgebiet eingeführte Zuckerwaren und zuckerhaltige Waren mit ihrem Zuckergehalt der Zuckersteuer unterliegen. Bei Zuckerkulör und karamelisiertem Zucker tritt an die Stelle des Zuckergehaltes die Zuckermenge, die in die Waren eingegangen ist, jedoch höchstens das Eigengewicht der Waren.“

Artikel 2

In den Durchführungsbestimmungen zum Zuckersteuergesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 612-4-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 1 der Verordnung vom 3. Dezember 1980 (BGBl. I S. 2205), werden die §§ 1 und 2 aufgehoben.

Artikel 3

Der Bundesminister der Finanzen kann den Wortlaut des Zuckersteuergesetzes in der vom 1. Mai 1983 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt nach § 12 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 5

Dieses Gesetz tritt am ersten Tage des dritten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 18. Februar 1983

Der Bundespräsident
Carstens

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Finanzen
Stoltenberg

Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich

Vom 21. Februar 1983

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

I. Vorläufige Maßnahmen zur Beseitigung der Beitragszahlungspflicht im Versorgungsausgleich

§ 1

(1) Sind im Versorgungsausgleich andere als die in § 1587 b Abs. 1 und 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs genannten Anrechte auszugleichen, so gelten an Stelle des § 1587 b Abs. 3 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die nachfolgenden Bestimmungen.

(2) Wenn die für ein Anrecht des Verpflichteten maßgebende Regelung dies vorsieht, begründet das Familiengericht für den anderen Ehegatten ein Anrecht außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung (Realteilung). Das Nähere bestimmt sich nach den Regelungen über das auszugleichende und das zu begründende Anrecht.

(3) Findet ein Ausgleich nach Absatz 2 nicht statt und richtet sich das auszugleichende Anrecht gegen einen öffentlich-rechtlichen Versorgungsträger, so gelten die Vorschriften über den Ausgleich von Anrechten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis (Quasi-Splitting) sinngemäß.

§ 2

Der schuldrechtliche Versorgungsausgleich (§§ 1587 f bis 1587 k des Bürgerlichen Gesetzbuchs) findet auch statt, soweit der Ausgleich nicht nach § 1 durchgeführt werden kann. §§ 1587 l bis 1587 n des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind insoweit nicht anzuwenden.

§ 3

Soweit die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Versorgungsausgleich auf einen Ausgleich nach diesem Gesetz nicht unmittelbar anzuwenden sind, gelten sie sinngemäß.

II. Auswirkungen des Versorgungsausgleichs in besonderen Fällen

§ 4

(1) Ist ein Versorgungsausgleich gemäß § 1587 b Abs. 1 oder 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs durchgeführt worden und hat der Berechtigte vor seinem Tod keine Leistungen aus dem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht erhalten, so wird die Versorgung des Verpflichteten oder seiner Hinterbliebenen nicht auf Grund des Versorgungsausgleichs gekürzt.

(2) Ist der Berechtigte gestorben und wurden oder werden aus dem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht Leistungen gewährt, die insgesamt zwei Jah-

resbeträge einer auf das Ende des Leistungsbezuges berechneten Rente (§ 1254 Abs. 1 Halbsatz 1 der Reichsversicherungsordnung, § 31 Abs. 1 Halbsatz 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes) aus dem erworbenen Anrecht nicht übersteigen, so gilt Absatz 1 entsprechend, jedoch sind die gewährten Leistungen auf die sich aus Absatz 1 ergebende Erhöhung anzurechnen.

(3) Wurde der Verpflichtete nach Durchführung des Versorgungsausgleichs nachversichert, so sind insoweit dem Rentenversicherungsträger die sich aus Absatz 1 und 2 ergebenden Erhöhungen vom Dienstherrn zu erstatten.

§ 5

(1) Solange der Berechtigte aus dem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht keine Rente erhalten kann und er gegen den Verpflichteten einen Anspruch auf Unterhalt hat oder nur deshalb nicht hat, weil der Verpflichtete zur Unterhaltsleistung wegen der auf dem Versorgungsausgleich beruhenden Kürzung seiner Versorgung außerstande ist, wird die Versorgung des Verpflichteten nicht auf Grund des Versorgungsausgleichs gekürzt.

(2) § 4 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 6

Sind Nachzahlungen zu leisten, so erfolgen sie in den Fällen des § 5 an den Verpflichteten und an den Berechtigten je zur Hälfte.

§ 7

Ist ein Anrecht durch Beitragszahlungen nach § 1587 b Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs begründet worden, sind dem Leistenden vom Rentenversicherungsträger die Beiträge unter Anrechnung der gewährten Leistungen zurückzuzahlen, wenn feststeht, daß aus dem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht keine höheren als die in § 4 Abs. 2 genannten Leistungen zu gewähren sind.

§ 8

Ein zur Abwendung der Kürzung gezahlter Kapitalbetrag ist unter Anrechnung der gewährten Leistung zurückzuzahlen, wenn feststeht, daß aus dem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht keine höheren als die in § 4 Abs. 2 genannten Leistungen zu gewähren sind.

§ 9

(1) Über Maßnahmen nach §§ 4 bis 8 entscheidet der Leistungsträger auf Antrag.

(2) Antragsberechtigt sind der Verpflichtete und, soweit sie belastet sind, seine Hinterbliebenen. In den Fällen des § 5 kann auch der Berechtigte den Antrag stellen.

(3) Ansprüche nach §§ 4 bis 8 gehen auf den Erben über, wenn der Erblasser den erforderlichen Antrag gestellt hatte.

(4) Der Antragsberechtigte und der Leistungsträger können von den betroffenen Stellen die für die Durchführung von Maßnahmen nach §§ 4 bis 8 erforderliche Auskunft verlangen.

(5) In den Fällen des § 5 hat der Verpflichtete dem Leistungsträger die Einstellung der Unterhaltsleistungen, die Wiederheirat des Berechtigten sowie dessen Tod mitzuteilen.

§ 10

In den Fällen des § 1 Abs. 3 gelten die §§ 4 bis 9 sinngemäß.

III. Auskunftspflicht im Versorgungsausgleich

§ 11

In Verfahren, die den Versorgungsausgleich betreffen, kann das Gericht über Grund und Höhe der Versor-

gungsanwartschaften und Versorgungen von den hierfür zuständigen Behörden, Rentenversicherungsträgern, Arbeitgebern, Versicherungsunternehmen und sonstigen Stellen sowie von den Ehegatten Auskünfte einholen. Die in Satz 1 bezeichneten Stellen und die Ehegatten sind verpflichtet, den gerichtlichen Ersuchen Folge zu leisten.

IV. Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 13

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 1. April 1983 in Kraft.

(2) §§ 4 bis 10 treten mit Wirkung vom 1. Juli 1977 in Kraft.

(3) Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1986 außer Kraft.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 21. Februar 1983

Der Bundespräsident
Carstens

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Justiz
Engelhard

Für den Bundesminister des Innern
Der Bundesminister der Justiz
Engelhard

Der Bundesminister der Finanzen
Stoltenberg

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Der Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Geißler

**Erste Verordnung
zur Änderung der Kakaoverordnung**

Vom 21. Februar 1983

Auf Grund des § 12 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 1, des § 16 Abs. 1 Satz 2 und des § 19 Nr. 4 Buchstabe a des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1945, 1946) wird im Einvernehmen mit den Bundesministern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und für Wirtschaft mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Kakaoverordnung vom 30. Juni 1975 (BGBl. I S. 1760), zuletzt geändert durch Artikel 24 Nr. 9 der Verordnung vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1625), wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Kakao und Kakaoerzeugnissen, ausgenommen Kakaokerne, dürfen

1. Lecithine
2. Ammoniumsalze von Phosphatidsäuren
zugesetzt werden.“

2. § 5 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Nach Zusatz von Lecithinen und Ammoniumsalzen von Phosphatidsäuren dürfen Kakao und Kakaoerzeugnisse, bezogen auf ihr Gesamtgewicht, höchstens 0,5 vom Hundert Phosphatide enthalten.“

3. § 5 Abs. 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Der Zusatz von Lecithinen und von Ammoniumsalzen von Phosphatidsäuren und die Höhe des Phosphatidgehaltes sind in Verbindung mit der Bezeichnung des Erzeugnisses in deutscher Sprache nach Maßgabe des § 12 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 kenntlich zu machen.“

4. Die Anlage wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1.19 der Anlage erhält folgende Fassung:

„1.19 Gianduja (oder eine von „Gianduja“ abgeleitete Bezeichnung) – Haselnußschokolade
Erzeugnis, das aus Schokolade hergestellt wird, deren Mindestgehalt an Gesamtkakaotrockenmasse 32 Hundertteile und an entölter Kakaotrockenmasse 8 Hundertteile beträgt, und das ferner mindestens 20 Hundertteile und höchstens 40 Hundertteile fein gemahlene Haselnüsse enthält.

Außerdem ist zulässig der Zusatz von

- Milch oder von Stoffen, die durch Eindicken oder Trocknen von Vollmilch oder von teilweise oder ganz entrahmter Milch gewonnen werden, in einer Menge, daß das Enderzeugnis nicht mehr als 5 Gewichtshundertteile Gesamtmilchtrockenmasse, davon höchstens 1,25 Hundertteile MilCHFett, enthält,
- Mandeln, Haselnüssen und anderen Nüssen, ganz oder in Stücken, wenn das Gewicht dieser Zusätze einschließlich der gemahlene Haselnüsse 60 Hundertteile des Gewichts des Erzeugnisses nicht übersteigt;“.

b) In Nummer 1.28 werden die Worte „in mundgerechter Größe“ durch die Worte „in Bissengröße“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 11 des Gesetzes zur Gesamtreform des Lebensmittelrechts vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1945) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 21. Februar 1983

Der Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Geißler

**Änderungsverordnung 1982
zur Ersten bis Dritten Durchführungsverordnung
zum Bundesentschädigungsgesetz**

Vom 22. Februar 1983

Auf Grund der §§ 27, 42 Abs. 1 und 3, §§ 126 und 166 b des Bundesentschädigungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 251-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, von denen die §§ 27, 42 Abs. 1 und 3 und § 126 durch das BEG-Schlußgesetz vom 14. September 1965 (BGBl. I S. 1315) geändert und § 166 b durch das gleiche Gesetz eingefügt worden sind, verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

Änderung der 1. DV-BEG

Die Erste Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 13. April 1966 (BGBl. I S. 292, 393), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 24. Februar 1982 (BGBl. I S. 248), wird wie folgt geändert:

1. § 13 Abs. 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„(5) Erzielte und erzielbare Einkünfte werden nur insoweit berücksichtigt, als sie den Betrag

	von 150 Deutsche Mark,
ab 1. September 1965	von 200 Deutsche Mark,
ab 1. September 1969	von 250 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1972	von 300 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1974	von 350 Deutsche Mark,
ab 1. Februar 1976	von 400 Deutsche Mark,
ab 1. März 1978	von 450 Deutsche Mark,
ab 1. März 1980	von 500 Deutsche Mark und
ab 1. Juli 1982	von 550 Deutsche Mark

monatlich übersteigen.“

2. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt für

	vom 1.1.1966 bis 30.9.1966 DM	vom 1.10.1966 bis 30.6.1968 DM	vom 1.7.1968 bis 31.3.1969 DM	vom 1.4.1969 bis 31.8.1969 DM	vom 1.9.1969 bis 31.12.1970 DM	vom 1.1.1971 bis 31.12.1971 DM	vom 1.1.1972 bis 31.12.1972 DM	vom 1.1.1973 bis 31.12.1973 DM
die Witwe	304	316	329	345	373	418	451	494
den Witwer	304	316	329	345	373	418	451	494
die Vollwaise	153	159	165	173	187	209	226	247
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	115	120	125	131	141	158	171	187
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	85	88	92	96	104	116	125	137
die dritte und jede folgende Halbwaise je	76	79	82	86	93	104	112	123
den elternlosen Enkel	153	159	165	173	187	209	226	247
die Eltern oder Adoptiv- eltern zusammen	229	238	248	260	281	315	340	372
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil	153	159	165	173	187	209	226	247

	vom 1.1.1974 bis 31.12.1974 DM	vom 1.1.1975 bis 31.1.1976 DM	vom 1.2.1976 bis 31.1.1977 DM	vom 1.2.1977 bis 28.2.1978 DM	vom 1.3.1978 bis 28.2.1979 DM	vom 1.3.1979 bis 29.2.1980 DM	vom 1.3.1980 bis 28.2.1981 DM	vom 1.3.1981 bis 30.6.1982 DM	ab 1.7.1982 DM
die Witwe	553	586	642	706	755	800	860	903	939
den Witwer	553	586	642	706	755	800	860	903	939
die Vollwaise	277	294	322	354	379	402	432	454	472
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	209	222	243	267	286	303	326	342	356
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	153	162	177	195	209	222	239	251	261
die dritte und jede folgen- de Halbwaise je	138	146	160	176	188	199	214	225	234
den elternlosen Enkel ..	277	294	322	354	379	402	432	454	472
die Eltern oder Adoptiv- eltern zusammen	417	442	484	532	569	603	648	680	707
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil	277	294	322	354	379	402	432	454	472."

3. Die Besoldungsübersicht (Anlage 1 zu § 10) erhält folgende Fassung:

„Anlage 1
zu § 10 der 1. DV-BEG

Besoldungsübersicht

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst DM	Mittlerer Dienst DM	Gehobener Dienst DM	Höherer Dienst DM
1. Ruhegehaltfähige jährliche Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 100	4 300	6 800	11 000
	bis 31. 3. 1953	3 596	4 988	7 888	12 760
	bis 31. 12. 1955	4 092	5 676	8 976	14 520
	bis 31. 3. 1957	4 464	6 192	9 792	15 840
	bis 31. 5. 1960	5 148	7 084	10 944	17 480
	bis 31. 12. 1960	5 508	7 580	11 710	18 529
	bis 30. 6. 1962	5 949	8 186	12 647	19 826
	bis 28. 2. 1963	6 306	8 677	13 279	20 817
	bis 30. 9. 1964	6 876	8 677	13 279	20 817
	bis 31. 8. 1965	7 426	9 371	14 209	22 274
	bis 31. 12. 1965	8 400	10 092	15 756	23 250
	bis 30. 9. 1966	8 736	10 496	16 386	24 180
	bis 30. 6. 1968	9 085	10 916	17 041	24 905
	bis 31. 3. 1969	9 448	11 353	17 723	25 777
	bis 31. 8. 1969	10 848	13 629	19 878	27 887
	bis 31. 12. 1970	12 115	15 108	21 738	29 995
	bis 31. 12. 1971	13 440	17 505	23 983	34 178
	bis 31. 12. 1972	14 563	18 919	25 818	35 960
	bis 31. 12. 1973	16 021	20 703	28 093	38 625
	bis 31. 12. 1974	18 062	22 891	31 051	41 960
	bis 31. 1. 1976	19 146	24 264	32 914	44 058
	bis 31. 1. 1977	20 107	25 357	34 417	45 767
	bis 28. 2. 1978	21 148	26 668	36 177	47 926
	bis 28. 2. 1979	22 079	27 823	37 751	50 015
	bis 29. 2. 1980	22 942	28 903	39 214	51 913
	bis 28. 2. 1981	24 357	30 673	41 609	55 060
	bis 30. 6. 1982	25 453	31 984	43 297	57 184
ab 1. 7. 1982	26 321	33 120	44 903	59 065	
2. Unfallruhegehalt (66⅔ % aus Nr. 1)	bis 30. 9. 1951	2 067	2 867	4 534	7 334
	bis 31. 3. 1953	2 398	3 326	5 259	8 507
	bis 31. 12. 1955	2 728	3 784	5 984	9 680
	bis 31. 3. 1957	2 976	4 128	6 528	10 560
	bis 31. 5. 1960	3 432	4 723	7 296	11 653

Vergleichbarer Dienst	Einfacher Dienst DM	Mittlerer Dienst DM	Gehobener Dienst DM	Höherer Dienst DM
bis 31. 12. 1960	3 672	5 054	7 806	12 353
bis 30. 6. 1962	3 966	5 458	8 432	13 218
bis 28. 2. 1963	4 204	5 785	8 853	13 878
bis 30. 9. 1964	4 584	5 785	8 853	13 878
bis 31. 8. 1965	4 951	6 247	9 473	14 849
bis 31. 12. 1965	5 600	6 728	10 504	15 500
bis 30. 9. 1966	5 824	6 997	10 924	16 120
bis 30. 6. 1968	6 057	7 277	11 361	16 603
bis 31. 3. 1969	6 299	7 568	11 815	17 184
bis 31. 8. 1969	7 232	9 086	13 252	18 591
bis 31. 12. 1970	8 077	10 072	14 492	19 997
bis 31. 12. 1971	8 959	11 669	15 987	22 783
bis 31. 12. 1972	9 709	12 613	17 212	23 973
bis 31. 12. 1973	10 681	13 802	18 729	25 750
bis 31. 12. 1974	12 041	15 261	20 701	27 973
bis 31. 1. 1976	12 764	16 176	21 943	29 372
bis 31. 1. 1977	13 405	16 905	22 945	30 511
bis 28. 2. 1978	14 099	17 779	24 118	31 951
bis 28. 2. 1979	14 719	18 549	25 167	33 343
bis 29. 2. 1980	15 295	19 269	26 143	34 609
bis 28. 2. 1981	16 238	20 449	27 739	36 707
bis 30. 6. 1982	16 969	21 323	28 865	38 123
ab 1. 7. 1982	17 547	22 080	29 935	39 377
3 Witwengeld (60 % aus Nr. 2)				
bis 30. 9. 1951	1 500	1 720	2 720	4 400
bis 31. 3. 1953	1 500	1 996	3 155	5 104
bis 31. 12. 1955	1 637	2 270	3 590	5 808
bis 31. 3. 1957	1 786	2 477	3 917	6 336
bis 31. 5. 1960	2 059	2 834	4 378	6 992
bis 31. 12. 1960	2 204	3 032	4 684	7 412
bis 30. 6. 1962	2 380	3 275	5 059	7 931
bis 28. 2. 1963	2 522	3 471	5 312	8 327
bis 30. 9. 1964	2 750	3 471	5 312	8 327
bis 31. 8. 1965	2 971	3 748	5 684	8 909
bis 31. 12. 1965	3 360	4 037	6 302	9 300
bis 30. 9. 1966	3 494	4 198	6 554	9 672
bis 30. 6. 1968	3 634	4 366	6 817	9 962
bis 31. 3. 1969	3 779	4 541	7 089	10 311
bis 31. 8. 1969	4 339	5 452	7 951	11 155
bis 31. 12. 1970	4 846	6 043	8 695	11 998
bis 31. 12. 1971	5 376	7 008	9 600	13 668
bis 31. 12. 1972	5 832	7 572	10 332	14 388
bis 31. 12. 1973	6 408	8 280	11 232	15 456
bis 31. 12. 1974	7 224	9 156	12 420	16 788
bis 31. 1. 1976	7 656	9 708	13 164	17 628
bis 31. 1. 1977	8 040	10 140	13 764	18 312
bis 28. 2. 1978	8 460	10 668	14 472	19 176
bis 28. 2. 1979	8 832	11 136	15 096	20 004
bis 29. 2. 1980	9 180	11 556	15 684	20 760
bis 28. 2. 1981	9 744	12 264	16 644	22 020
bis 30. 6. 1982	10 188	12 792	17 316	22 872
ab 1. 7. 1982	10 524	13 248	17 964	23 628
4. Waisengeld (30 % aus Nr. 2)				
bis 30. 9. 1951	620	860	1 360	2 200
bis 31. 3. 1953	719	998	1 578	2 552
bis 31. 12. 1955	818	1 135	1 795	2 904
bis 31. 3. 1957	893	1 238	1 958	3 168
bis 31. 5. 1960	1 030	1 417	2 189	3 496
bis 31. 12. 1960	1 102	1 516	2 342	3 706
bis 30. 6. 1962	1 190	1 637	2 530	3 965
bis 28. 2. 1963	1 261	1 736	2 656	4 163
bis 30. 9. 1964	1 375	1 736	2 656	4 163
bis 31. 8. 1965	1 485	1 874	2 842	4 455
bis 31. 12. 1965	1 680	2 018	3 151	4 650
bis 30. 9. 1966	1 747	2 099	3 277	4 836
bis 30. 6. 1968	1 817	2 183	3 408	4 981
bis 31. 3. 1969	1 890	2 271	3 545	5 155
bis 31. 8. 1969	2 170	2 726	3 976	5 577
bis 31. 12. 1970	2 423	3 022	4 348	5 999

Vergleichbarer Dienst	Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
	DM	DM	DM	DM
bis 31. 12. 1971	2 688	3 504	4 800	6 840
bis 31. 12. 1972	2 916	3 792	5 172	7 200
bis 31. 12. 1973	3 204	4 140	5 616	7 728
bis 31. 12. 1974	3 612	4 584	6 216	8 388
bis 31. 1. 1976	3 828	4 848	6 588	8 808
bis 31. 1. 1977	4 020	5 076	6 888	9 156
bis 28. 2. 1978	4 236	5 340	7 236	9 588
bis 28. 2. 1979	4 416	5 568	7 548	10 008
bis 29. 2. 1980	4 584	5 784	7 848	10 380
bis 28. 2. 1981	4 872	6 132	8 328	11 016
bis 30. 6. 1982	5 088	6 396	8 664	11 436
ab 1. 7. 1982	5 268	6 624	8 976	11 808."

Artikel 2

Änderung der 2. DV-BEG

Die Zweite Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 31. März 1966 (BGBl. I S. 285), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 24. Februar 1982 (BGBl. I S. 248), wird wie folgt geändert:

1. § 15 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Erzielte und erzielbare Einkünfte werden nur insoweit berücksichtigt, als sie den Betrag
 von 150 Deutsche Mark,
 ab 1. September 1965 von 200 Deutsche Mark,
 ab 1. September 1969 von 250 Deutsche Mark,
 ab 1. Januar 1972 von 300 Deutsche Mark,
 ab 1. Januar 1974 von 350 Deutsche Mark,
 ab 1. Februar 1976 von 400 Deutsche Mark,
 ab 1. März 1978 von 450 Deutsche Mark,
 ab 1. März 1980 von 500 Deutsche Mark und
 ab 1. Juli 1982 von 550 Deutsche Mark

monatlich übersteigen.“

2. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

**Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente
 (§ 32 Abs. 1 des Bundesentschädigungsgesetzes)**

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt bei einer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966 DM	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM
von 25 bis 39 v. H.	153	159	165	173	187	209	226	247
von 40 bis 49 v. H.	191	199	207	217	234	262	283	310
von 50 bis 59 v. H.	229	238	248	260	281	315	340	372
von 60 bis 69 v. H.	266	277	288	302	326	365	394	431
von 70 bis 79 v. H.	304	316	329	345	373	418	451	494
von 80 und mehr v. H.	380	395	411	431	465	521	563	616

	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	vom 1. 3. 1978 bis 28. 2. 1979 DM	vom 1. 3. 1979 bis 29. 2. 1980 DM	vom 1. 3. 1980 bis 28. 2. 1981 DM	vom 1. 3. 1981 bis 30. 6. 1982 DM	ab 1. 7. 1982 DM
von 25 bis 39 v. H.	277	294	322	354	379	402	432	454	472
von 40 bis 49 v. H.	347	368	403	443	474	502	540	567	590
von 50 bis 59 v. H.	417	442	484	532	569	603	648	680	707
von 60 bis 69 v. H.	483	512	561	617	660	700	753	791	823
von 70 bis 79 v. H.	553	586	642	706	755	800	860	903	939
von 80 und mehr v. H.	690	731	800	879	941	997	1 072	1 126	1 171."

3. § 21 b erhält folgende Fassung:

„§ 21 b

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente
(§ 32 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt

vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966 DM	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	
354	368	383	401	433	485	524	574	
vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	vom 1. 3. 1978 bis 28. 2. 1979 DM	vom 1. 3. 1979 bis 29. 2. 1980 DM	vom 1. 3. 1980 bis 28. 2. 1981 DM	vom 1. 3. 1981 bis 30. 6. 1982 DM	ab 1. 7. 1982 DM
643	682	747	821	878	931	1 001	1 051	1 093."

4. Die Besoldungsübersicht (Anlage zu den §§ 13 und 14) erhält folgende Fassung:

„Anlage
zu den §§ 13 und 14 der 2. DV-BEG

Besoldungsübersicht

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2		bis zum voll- endetem 25. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 25. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr DM
		1. Dienst Einkommen jährlich Einfacher Dienst	bis 30. 9. 1951 bis 31. 3. 1953 bis 31. 12. 1955 bis 31. 3. 1957 bis 31. 5. 1960 bis 31. 12. 1960 bis 30. 6. 1962 bis 28. 2. 1963 bis 30. 9. 1964 bis 31. 8. 1965 bis 31. 12. 1965 bis 30. 9. 1966 bis 30. 6. 1968 bis 31. 3. 1969 bis 31. 8. 1969 bis 31. 12. 1970 bis 31. 12. 1971 bis 31. 12. 1972 bis 31. 12. 1973 bis 31. 12. 1974 bis 31. 1. 1976 bis 31. 1. 1977 bis 28. 2. 1978 bis 28. 2. 1979 bis 29. 2. 1980 bis 28. 2. 1981 bis 30. 6. 1982 ab 1. 7. 1982	2 400 2 784 3 168 3 456 4 212 4 507 4 868 5 160 5 160 5 573 6 108 6 352 6 606 6 870 8 040 9 108 10 236 11 220 12 468 14 460 15 324 16 296 17 136 17 892 18 588 19 728 20 664 21 324	2 400 2 784 3 168 3 456 4 212 4 507 4 868 5 160 5 160 5 573 6 490 6 750 7 020 7 301 8 604 9 708 10 872 11 892 13 176 15 180 16 092 17 064 17 940 18 732 19 452 20 652 21 624 22 320	2 550 2 958 3 366 3 672 4 446 4 757 5 138 5 446 5 472 5 910 6 872 7 147 7 433 7 730 9 168 10 308 11 520 12 552 13 884 15 900 16 848 17 820 18 744 19 572 20 328 21 576 22 572 23 316	2 700 3 132 3 564 3 888 4 680 5 008 5 409 5 734 5 784 6 247 7 254 7 544 7 846 8 160 9 732 10 920 12 156 13 224 14 604 16 620 17 616 18 588 19 548 20 400 21 204 22 500 23 532 24 324	2 850 3 306 3 762 4 104 4 914 5 258 5 679 6 020 6 096 6 584 7 636 7 941 8 259 8 589 10 284 11 520 12 804 13 896 15 312 17 340 18 384 19 344 20 352 21 240 22 068 23 424 24 492 25 320	3 000 3 480 3 960 4 320 5 148 5 508 5 949 6 306 6 408 6 921 8 018 8 339 8 673 9 020 10 848 12 120 13 440 14 568 16 020 18 060 19 152 20 112 21 144 22 080 22 944 24 360 25 452 26 316
2. Dienst Einkommen jährlich Mittlerer Dienst	bis 30. 9. 1951 bis 31. 3. 1953 bis 31. 12. 1955 bis 31. 3. 1957 bis 31. 5. 1960 bis 31. 12. 1960 bis 30. 6. 1962 bis 28. 2. 1963 bis 30. 9. 1964	2 800 3 248 3 696 4 032 4 774 5 108 5 517 5 848 6 120	2 800 3 248 3 696 4 032 4 774 5 108 5 517 5 848 6 120	3 100 3 596 4 092 4 464 5 236 5 603 6 051 6 414 6 552	3 400 3 944 4 488 4 896 5 698 6 097 6 585 6 980 6 980	3 700 4 292 4 884 5 328 6 160 6 591 7 118 7 545 7 545	4 000 4 640 5 280 5 760 6 622 7 086 7 653 8 112 8 112	4 300 4 988 5 676 6 192 7 084 7 580 8 186 8 677 8 677	4 600 5 336 6 072 6 624 7 084 7 580 8 186 8 677 8 677

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2	bis zum voll- endetem 25. Lebens- jahr		ab voll- endetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr	
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
	bis 31.	8. 1965	6 610	6 610	7 076	7 538	8 149	8 761	9 371	9 371
	bis 31.	12. 1965	7 176	7 662	8 148	8 634	9 120	9 606	10 092	10 092
	bis 30.	9. 1966	7 463	7 968	8 474	8 979	9 485	9 990	10 496	10 496
	bis 30.	6. 1968	7 762	8 287	8 813	9 338	9 864	10 390	10 916	10 916
	bis 31.	3. 1969	8 072	8 618	9 166	9 712	10 259	10 806	11 353	11 353
	bis 31.	8. 1969	8 664	9 660	10 656	11 652	12 636	13 632		
	bis 31.	12. 1970	9 780	10 848	11 916	12 984	14 052	15 108		
	bis 31.	12. 1971	11 064	12 348	13 644	14 928	16 212	17 508		
	bis 31.	12. 1972	12 216	13 548	14 892	16 236	17 580	18 924		
	bis 31.	12. 1973	13 584	15 012	16 428	17 856	19 284	20 700		
	bis 31.	12. 1974	15 576	17 040	18 504	19 968	21 432	22 896		
	bis 31.	1. 1976	16 500	18 060	19 608	21 156	22 716	24 264		
	bis 31.	1. 1977	17 460	19 044	20 616	22 200	23 784	25 356		
	bis 28.	2. 1978	18 348	20 016	21 672	23 340	25 008	26 664		
	bis 28.	2. 1979	19 140	20 868	22 608	24 348	26 088	27 828		
	bis 29.	2. 1980	19 872	21 672	23 484	25 284	27 096	28 896		
	bis 28.	2. 1981	21 072	22 992	24 912	26 832	28 752	30 672		
	bis 30.	6. 1982	22 044	24 036	26 016	28 008	29 988	31 980		
	ab 1.	7. 1982	22 740	24 816	26 892	28 968	31 044	33 120		
3. Dienstekommen jährlich	bis 30.	9. 1951	3 600	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
Gehobener Dienst	bis 31.	3. 1953	4 176	4 176	4 872	5 568	6 264	6 960	7 656	8 352
	bis 31.	12. 1955	4 752	4 752	5 544	6 336	7 128	7 920	8 712	9 504
	bis 31.	3. 1957	5 184	5 184	6 048	6 912	7 776	8 640	9 504	10 368
	bis 31.	5. 1960	5 928	5 928	6 840	7 752	8 664	9 576	10 488	10 944
	bis 31.	12. 1960	6 343	6 343	7 319	8 295	9 270	10 246	11 222	11 710
	bis 30.	6. 1962	6 850	6 850	7 905	8 959	10 012	11 066	12 120	12 647
	bis 28.	2. 1963	7 261	7 261	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 30.	9. 1964	7 661	7 661	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 31.	8. 1965	8 274	8 274	9 049	10 257	11 356	12 551	13 617	14 209
	bis 31.	12. 1965	9 684	10 587	11 490	12 393	13 296	14 198	15 100	15 100
	bis 30.	9. 1966	10 071	11 010	11 950	12 889	13 828	14 766	15 704	15 704
	bis 30.	6. 1968	10 474	11 450	12 428	13 405	14 381	15 357	16 332	16 332
	bis 31.	3. 1969	10 893	11 908	12 925	13 941	14 956	15 971	16 985	16 985
	bis 31.	8. 1969	11 832	13 272	14 712	16 152	17 592	19 032		
	bis 31.	12. 1970	13 056	14 580	16 092	17 616	19 128	20 652		
	bis 31.	12. 1971	14 700	16 272	17 844	19 404	20 976	22 548		
	bis 31.	12. 1972	16 152	17 784	19 404	21 024	22 644	24 264		
	bis 31.	12. 1973	17 844	19 560	21 276	22 980	24 696	26 412		
	bis 31.	12. 1974	19 836	21 708	23 580	25 452	27 324	29 184		
	bis 31.	1. 1976	21 024	23 004	24 996	26 976	28 956	30 936		
	bis 31.	1. 1977	21 948	23 988	26 040	28 092	30 132	32 184		
	bis 28.	2. 1978	23 052	25 164	27 288	29 400	31 524	33 648		
	bis 28.	2. 1979	24 036	26 220	28 416	30 612	32 808	34 992		
	bis 29.	2. 1980	24 948	27 204	29 472	31 740	34 008	36 276		
	bis 28.	2. 1981	26 436	28 836	31 236	33 636	36 048	38 448		
	bis 30.	6. 1982	27 588	30 060	32 556	35 028	37 512	39 996		
	ab 1.	7. 1982	28 512	31 068	33 636	36 192	38 748	41 316		
4. Dienstekommen jährlich	bis 30.	9. 1951	4 900	4 900	6 000	7 100	8 200	9 300	10 400	11 500
Höherer Dienst	bis 31.	3. 1953	5 684	5 684	6 960	8 236	9 512	10 788	12 064	13 340
	bis 31.	12. 1955	6 468	6 468	7 920	9 372	10 824	12 276	13 728	15 180
	bis 31.	3. 1957	7 056	7 056	8 640	10 224	11 808	13 392	14 976	16 560
	bis 31.	5. 1960	7 448	7 448	9 120	10 792	12 464	14 136	15 808	17 480
	bis 31.	12. 1960	7 969	7 969	9 758	11 547	13 212	14 984	16 756	18 529
	bis 30.	6. 1962	8 607	8 607	10 539	12 471	14 137	16 033	17 929	19 826
	bis 30.	9. 1964	9 123	9 123	11 171	13 095	14 844	16 835	18 825	20 817
	bis 31.	8. 1965	9 853	9 853	11 953	14 012	15 883	18 013	20 143	22 274
	bis 31.	12. 1965	13 994	15 177	16 360	17 543	18 726	19 909	21 092	22 274
	bis 30.	9. 1966	14 554	15 784	17 014	18 245	19 475	20 705	21 936	23 165
	bis 30.	6. 1968	15 136	16 415	17 695	18 975	20 254	21 326	22 594	23 860
	bis 31.	3. 1969	15 741	17 072	18 403	19 734	20 963	22 072	23 385	24 695
	bis 31.	8. 1969	16 704	18 372	20 040	21 708	23 364	25 032	26 700	
	bis 31.	12. 1970	18 144	19 872	21 612	23 352	25 080	26 820	28 560	
	bis 31.	12. 1971	19 908	22 044	24 180	26 316	28 452	30 588	32 724	
	bis 31.	12. 1972	21 564	23 688	25 824	27 960	30 084	32 220	34 356	
	bis 31.	12. 1973	23 592	25 788	27 984	30 180	32 376	34 572	36 780	

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2	bis zum voll- endetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
bis 31. 12. 1974	26 064	28 404	30 756	33 096	35 448	37 788	40 140	
bis 31. 1. 1976	27 624	30 048	32 460	34 884	37 308	39 720	42 144	
bis 31. 1. 1977	28 788	31 284	33 780	36 264	38 760	41 256	43 740	
bis 28. 2. 1978	30 252	32 808	35 352	37 896	40 440	42 984	45 528	
bis 28. 2. 1979	31 464	34 092	36 708	39 324	41 952	44 568	47 184	
bis 29. 2. 1980	32 676	35 352	38 028	40 704	43 380	46 056	48 732	
bis 28. 2. 1981	34 632	37 428	40 212	42 996	45 792	48 576	51 372	
bis 30. 6. 1982	36 060	38 928	41 808	44 676	47 544	50 412	53 280	
ab 1. 7. 1982	37 248	40 212	43 176	46 128	49 092	52 044	55 008."	

Artikel 3

Änderung der 3. DV-BEG

Die Dritte Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 28. April 1966 (BGBl. I S. 300), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 24. Februar 1982 (BGBl. I S. 248), wird wie folgt geändert:

1. § 22 a erhält folgende Fassung:

„§ 22 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente
(§ 83 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. 1. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM
1 030	1 066	1 112	1 190	1 309	1 374	1 471	1 605
vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	vom 1. 3. 1978 bis 28. 2. 1979 DM	vom 1. 3. 1979 bis 29. 2. 1980 DM	vom 1. 3. 1980 bis 28. 2. 1981 DM	vom 1. 3. 1981 bis 30. 6. 1982 DM	ab 1. 7. 1982 DM
1 686	1 750	1 821	1 888	1 949	2 055	2 131	2 200."

2. § 24 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Der monatliche Freibetrag nach § 85 Abs. 2 Satz 2 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966 DM	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	
240	250	260	272	294	329	355	389	
vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	vom 1. 3. 1978 bis 28. 2. 1979 DM	vom 1. 3. 1979 bis 29. 2. 1980 DM	vom 1. 3. 1980 bis 28. 2. 1981 DM	vom 1. 3. 1981 bis 30. 6. 1982 DM	ab 1. 7. 1982 DM
436	462	485	509	532	553	586	611	631."

3. § 33 Abs. 4 wird durch folgenden Satz 17 ergänzt:

„Die sich nach Satz 16 ergebenden Rentenbeträge bis 1 300 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. Juli 1982 um weitere 3,4 v. H. erhöht; Rentenbeträge ab 1 301 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. Juli 1982 um 3,2 v. H., mindestens jedoch um einen monatlichen Betrag von 45 Deutsche Mark erhöht, wobei der Höchstbetrag von 2 200 Deutsche Mark nicht überschritten werden darf.“

4. § 33 a erhält folgende Fassung:

„§ 33 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente
(§ 95 Abs. 1 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM
1 030	1 066	1 112	1 190	1 309	1 374	1 471	1 605
vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	vom 1. 3. 1978 bis 28. 2. 1979 DM	vom 1. 3. 1979 bis 29. 2. 1980 DM	vom 1. 3. 1980 bis 28. 2. 1981 DM	vom 1. 3. 1981 bis 30. 6. 1982 DM	vom ab 1. 7. 1982 DM
1 686	1 750	1 821	1 888	1 949	2 055	2 131	2 200.“

5. § 34 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die monatlichen Freibeträge nach § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes betragen für

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966 DM	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM
den unverheirateten Verfolgten	415	430	447	468	505	566	611	669	
den verheirateten Verfolgten	520	540	562	589	636	712	769	842	
jedes nach dem bis zum 31. 12. 1974 geltenden Be- amtenrecht kinderzuschlags- berechtigte Kind	42	45	47	49	53	59	64	70	
	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	vom 1. 3. 1978 bis 28. 2. 1979 DM	vom 1. 3. 1979 bis 29. 2. 1980 DM	vom 1. 3. 1980 bis 28. 2. 1981 DM	vom 1. 3. 1981 bis 30. 6. 1982 DM	vom ab 1. 7. 1982 DM
den unverheirateten Verfolgten	749	794	834	876	915	952	1 009	1 051	1 086
den verheirateten Verfolgten	943	1 000	1 050	1 103	1 153	1 199	1 271	1 324	1 368
jedes nach dem bis zum 31. 12. 1974 geltenden Beamtenrecht kinder- zuschlagsberechtigte Kind	78	83	87	91	95	99	105	109	113.“

6. § 35 Abs. 3 bis 5 erhält folgende Fassung:

„(3) Im Falle des § 97 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes werden die in § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes genannten Beträge für die Witwe oder den Witwer durch folgende Beträge ersetzt:

bis 31. Dezember 1960	260 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973	608 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	310 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974	681 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	360 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976	722 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	375 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1977	758 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	390 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1978	796 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	406 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1979	832 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	425 Deutsche Mark,	bis 29. Februar 1980	865 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	459 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1981	917 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971	514 Deutsche Mark,	bis 30. Juni 1982	956 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1972	555 Deutsche Mark,	ab 1. Juli 1982	988 Deutsche Mark.

Diese Beträge erhöhen sich für jedes Kind, für das nach dem bis zum 31. Dezember 1974 geltenden Beamtenrecht Kinderzuschläge gewährt werden können,

bis 31. Dezember 1960 um	20 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973 um	70 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964 um	30 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974 um	78 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965 um	40 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976 um	83 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966 um	42 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1977 um	87 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968 um	45 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1978 um	91 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969 um	47 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1979 um	95 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969 um	49 Deutsche Mark,	bis 29. Februar 1980 um	99 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970 um	53 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1981 um	105 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971 um	59 Deutsche Mark,	bis 30. Juni 1982 um	109 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1972 um	64 Deutsche Mark,	ab 1. Juli 1982 um	113 Deutsche Mark.

(4) Haben neben der Witwe oder dem Witwer auch Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	100 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973	219 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	110 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974	245 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	130 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976	260 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	135 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1977	273 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	140 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1978	287 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	146 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1979	300 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	153 Deutsche Mark,	bis 29. Februar 1980	312 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	165 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1981	331 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971	185 Deutsche Mark,	bis 30. Juni 1982	345 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1972	200 Deutsche Mark,	ab 1. Juli 1982	356 Deutsche Mark.

(5) Haben nur die Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in Absatz 4 genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	120 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973	287 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	140 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974	321 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	170 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976	340 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	177 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1977	357 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	185 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1978	375 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	192 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1979	392 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	201 Deutsche Mark,	bis 29. Februar 1980	408 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	217 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1981	433 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971	243 Deutsche Mark,	bis 30. Juni 1982	451 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1972	262 Deutsche Mark,	ab 1. Juli 1982	466 Deutsche Mark.“

7. § 38 a erhält folgende Fassung:

„§ 38 a

(1) Der Monatsbetrag der Rente nach § 156 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 7. 1968	ab 1. 4. 1969	ab 1. 9. 1969	ab 1. 1. 1971	ab 1. 1. 1972	ab 1. 1. 1973
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
260	270	281	294	318	356	384	420

ab 1. 1. 1974	ab 1. 1. 1975	ab 1. 2. 1976	ab 1. 2. 1977	ab 1. 3. 1978	ab 1. 3. 1979	ab 1. 3. 1980	ab 1. 3. 1981	ab 1. 7. 1982
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
470	498	523	549	574	597	633	660	682

(2) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 1 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 7. 1968	ab 1. 4. 1969	ab 1. 9. 1969	ab 1. 1. 1971	ab 1. 1. 1972	ab 1. 1. 1973
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
198	206	214	224	242	271	293	321

ab 1. 1. 1974	ab 1. 1. 1975	ab 1. 2. 1976	ab 1. 2. 1977	ab 1. 3. 1978	ab 1. 3. 1979	ab 1. 3. 1980	ab 1. 3. 1981	ab 1. 7. 1982
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
360	382	401	421	440	458	486	506	523

(3) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 2 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966 DM	ab 1. 10. 1966 DM	ab 1. 7. 1968 DM	ab 1. 4. 1969 DM	ab 1. 9. 1969 DM	ab 1. 1. 1971 DM	ab 1. 1. 1972 DM	ab 1. 1. 1973 DM
99	103	107	112	121	136	147	161

ab 1. 1. 1974 DM	ab 1. 1. 1975 DM	ab 1. 2. 1976 DM	ab 1. 2. 1977 DM	ab 1. 3. 1978 DM	ab 1. 3. 1979 DM	ab 1. 3. 1980 DM	ab 1. 3. 1981 DM	ab 1. 7. 1982 DM
180	191	201	211	221	230	244	254	262.“

8. Die Einkommensübersicht (Anlage 1 zu den §§ 12 und 21) erhält folgende Fassung:

„Anlage 1
zu den §§ 12 und 21 der 3. DV-BEG

Einkommensübersicht

Lebensalter	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr			Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr			Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr			Ab vollendetem 55. Lebensjahr			
		+ 20%	+ 30%		+ 20%	+ 30%		+ 20%	+ 30%		+ 20%	+ 30%	
1. Einfacher Dienst													
bis 30. 9. 1953	Jahreseinkommen	3 000,-	3 600,-	3 900,-	3 300,-	3 960,-	4 290,-	3 600,-	4 320,-	4 680,-	3 900,-	4 680,-	5 070,-
	Monatseinkommen	250,-	300,-	325,-	275,-	330,-	357,50	300,-	360,-	390,-	325,-	390,-	422,50
bis 31. 12. 1960	Jahreseinkommen	3 600,-	4 320,-	4 680,-	3 900,-	4 680,-	5 070,-	4 200,-	5 040,-	5 460,-	4 500,-	5 400,-	5 850,-
	Monatseinkommen	300,-	360,-	390,-	325,-	390,-	422,50	350,-	420,-	455,-	375,-	450,-	487,50
bis 31. 12. 1965	Jahreseinkommen	3 900,-	4 680,-	5 070,-	4 200,-	5 040,-	5 460,-	4 500,-	5 400,-	5 850,-	4 800,-	5 760,-	6 240,-
	Monatseinkommen	325,-	390,-	422,50	350,-	420,-	455,-	375,-	450,-	487,50	400,-	480,-	520,-
bis 31. 3. 1969	Jahreseinkommen	4 200,-	5 040,-	5 460,-	4 500,-	5 400,-	5 850,-	4 800,-	5 760,-	6 240,-	5 100,-	6 120,-	6 630,-
	Monatseinkommen	350,-	420,-	455,-	375,-	450,-	487,50	400,-	480,-	520,-	425,-	510,-	552,50
bis 31. 12. 1973	Jahreseinkommen	4 500,-	5 400,-	5 850,-	4 800,-	5 760,-	6 240,-	5 100,-	6 120,-	6 630,-	5 400,-	6 480,-	7 020,-
	Monatseinkommen	375,-	450,-	487,50	400,-	480,-	520,-	425,-	510,-	552,50	450,-	540,-	585,-
bis 30. 6. 1982	Jahreseinkommen	4 800,-	5 760,-	6 240,-	5 100,-	6 120,-	6 630,-	5 400,-	6 480,-	7 020,-	5 700,-	6 840,-	7 410,-
	Monatseinkommen	400,-	480,-	520,-	425,-	510,-	552,50	450,-	540,-	585,-	475,-	570,-	617,50
ab 1. 7. 1982	Jahreseinkommen	5 500,-	6 600,-	7 150,-	5 800,-	6 960,-	7 540,-	6 100,-	7 320,-	7 930,-	6 400,-	7 680,-	8 320,-
	Monatseinkommen	458,30	550,-	595,80	483,30	580,-	628,30	508,30	610,-	660,80	533,30	640,-	693,30
2. Mittlerer Dienst													
bis 30. 9. 1953	Jahreseinkommen	3 600,-	4 320,-	4 680,-	4 050,-	4 860,-	5 265,-	4 500,-	5 400,-	5 850,-	4 950,-	5 940,-	6 435,-
	Monatseinkommen	300,-	360,-	390,-	337,50	405,-	438,75	375,-	450,-	487,50	412,50	495,-	536,25
bis 31. 12. 1960	Jahreseinkommen	4 500,-	5 400,-	5 850,-	4 950,-	5 940,-	6 435,-	5 400,-	6 480,-	7 020,-	5 850,-	7 020,-	7 605,-
	Monatseinkommen	375,-	450,-	487,50	412,50	495,-	536,25	450,-	540,-	585,-	487,50	585,-	633,75
bis 31. 12. 1965	Jahreseinkommen	4 950,-	5 940,-	6 435,-	5 400,-	6 480,-	7 020,-	5 850,-	7 020,-	7 605,-	6 300,-	7 560,-	8 190,-
	Monatseinkommen	412,50	495,-	536,25	450,-	540,-	585,-	487,50	585,-	633,75	525,-	630,-	682,50
bis 31. 3. 1969	Jahreseinkommen	5 400,-	6 480,-	7 020,-	5 850,-	7 020,-	7 605,-	6 300,-	7 560,-	8 190,-	6 750,-	8 100,-	8 775,-
	Monatseinkommen	450,-	540,-	585,-	487,50	585,-	633,75	525,-	630,-	682,50	562,50	675,-	731,25
bis 31. 12. 1973	Jahreseinkommen	5 850,-	7 020,-	7 605,-	6 300,-	7 560,-	8 190,-	6 750,-	8 100,-	8 775,-	7 200,-	8 640,-	9 360,-
	Monatseinkommen	487,50	585,-	633,75	525,-	630,-	682,50	562,50	675,-	731,25	600,-	720,-	780,-
bis 30. 6. 1982	Jahreseinkommen	6 300,-	7 560,-	8 190,-	6 750,-	8 100,-	8 775,-	7 200,-	8 640,-	9 360,-	7 650,-	9 180,-	9 945,-
	Monatseinkommen	525,-	630,-	682,50	562,50	675,-	731,25	600,-	720,-	780,-	637,50	765,-	828,75
ab 1. 7. 1982	Jahreseinkommen	7 300,-	8 760,-	9 490,-	7 750,-	9 300,-	10 075,-	8 200,-	9 840,-	10 660,-	8 650,-	10 380,-	11 245,-
	Monatseinkommen	608,30	730,-	790,80	645,80	775,-	839,60	683,30	820,-	888,30	720,80	865,-	937,10

Lebensalter	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr			Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr			Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr			Ab vollendetem 55. Lebensjahr			
		+ 20%	+ 30%		+ 20%	+ 30%		+ 20%	+ 30%		+ 20%	+ 30%	
3. Gehobener Dienst													
bis 30. 9. 1953	Jahreseinkommen	4 800,-	5 760,-	6 240,-	5 700,-	6 840,-	7 410,-	6 600,-	7 920,-	8 580,-	7 500,-	9 000,-	9 750,-
	Monatseinkommen	400,-	480,-	520,-	475,-	570,-	617,50	550,-	660,-	715,-	625,-	750,-	812,50
bis 31. 12. 1960	Jahreseinkommen	6 000,-	7 200,-	7 800,-	6 900,-	8 280,-	8 970,-	7 800,-	9 360,-	10 140,-	8 700,-	10 440,-	11 310,-
	Monatseinkommen	500,-	600,-	650,-	575,-	690,-	747,50	650,-	780,-	845,-	725,-	870,-	942,50
bis 31. 12. 1965	Jahreseinkommen	6 600,-	7 920,-	8 580,-	7 500,-	9 000,-	9 750,-	8 400,-	10 080,-	10 920,-	9 300,-	11 160,-	12 090,-
	Monatseinkommen	550,-	660,-	715,-	625,-	750,-	812,50	700,-	840,-	910,-	775,-	930,-	1 007,50
bis 31. 3. 1969	Jahreseinkommen	7 200,-	8 640,-	9 360,-	8 100,-	9 720,-	10 530,-	9 000,-	10 800,-	11 700,-	9 900,-	11 880,-	12 870,-
	Monatseinkommen	600,-	720,-	780,-	675,-	810,-	877,50	750,-	900,-	975,-	825,-	990,-	1 072,50
bis 31. 12. 1973	Jahreseinkommen	7 800,-	9 360,-	10 140,-	8 700,-	10 440,-	11 310,-	9 600,-	11 520,-	12 480,-	10 500,-	12 600,-	13 650,-
	Monatseinkommen	650,-	780,-	845,-	725,-	870,-	942,50	800,-	960,-	1 040,-	875,-	1 050,-	1 137,50
bis 30. 6. 1982	Jahreseinkommen	8 400,-	10 080,-	10 920,-	9 300,-	11 160,-	12 090,-	10 200,-	12 240,-	13 260,-	11 100,-	13 320,-	14 430,-
	Monatseinkommen	700,-	840,-	910,-	775,-	930,-	1 007,50	850,-	1 020,-	1 105,-	925,-	1 110,-	1 202,50
ab 1. 7. 1982	Jahreseinkommen	9 700,-	11 640,-	12 610,-	10 600,-	12 720,-	13 780,-	11 500,-	13 800,-	14 950,-	12 400,-	14 880,-	16 120,-
	Monatseinkommen	808,30	970,-	1 050,80	883,30	1 060,-	1 148,30	958,30	1 150,-	1 245,80	1 033,30	1 240,-	1 343,30
4. Höherer Dienst													
bis 30. 9. 1953	Jahreseinkommen	7 200,-	8 640,-	9 360,-	8 400,-	10 080,-	10 920,-	9 600,-	11 520,-	12 480,-	10 800,-	12 960,-	14 040,-
	Monatseinkommen	600,-	720,-	780,-	700,-	840,-	910,-	800,-	960,-	1 040,-	900,-	1 080,-	1 170,-
bis 31. 12. 1960	Jahreseinkommen	8 400,-	10 080,-	10 920,-	9 600,-	11 520,-	12 480,-	10 800,-	12 960,-	14 040,-	12 000,-	14 400,-	15 600,-
	Monatseinkommen	700,-	840,-	910,-	800,-	960,-	1 040,-	900,-	1 080,-	1 170,-	1 000,-	1 200,-	1 300,-
bis 31. 12. 1965	Jahreseinkommen	9 000,-	10 800,-	11 700,-	10 200,-	12 240,-	13 260,-	11 400,-	13 680,-	14 820,-	12 600,-	15 120,-	16 380,-
	Monatseinkommen	750,-	900,-	975,-	850,-	1 020,-	1 105,-	950,-	1 140,-	1 235,-	1 050,-	1 260,-	1 365,-
bis 31. 3. 1969	Jahreseinkommen	9 600,-	11 520,-	12 480,-	10 800,-	12 960,-	14 040,-	12 000,-	14 400,-	15 600,-	13 200,-	15 840,-	17 160,-
	Monatseinkommen	800,-	960,-	1 040,-	900,-	1 080,-	1 170,-	1 000,-	1 200,-	1 300,-	1 100,-	1 320,-	1 430,-
bis 31. 12. 1973	Jahreseinkommen	10 200,-	12 240,-	13 260,-	11 400,-	13 680,-	14 820,-	12 600,-	15 120,-	16 380,-	13 800,-	16 560,-	17 940,-
	Monatseinkommen	850,-	1 020,-	1 105,-	950,-	1 140,-	1 235,-	1 050,-	1 260,-	1 365,-	1 150,-	1 380,-	1 495,-
bis 30. 6. 1982	Jahreseinkommen	10 800,-	12 960,-	14 040,-	12 000,-	14 400,-	15 600,-	13 200,-	15 840,-	17 160,-	14 400,-	17 280,-	18 720,-
	Monatseinkommen	900,-	1 080,-	1 170,-	1 000,-	1 200,-	1 300,-	1 100,-	1 320,-	1 430,-	1 200,-	1 440,-	1 560,-
ab 1. 7. 1982	Jahreseinkommen	12 100,-	14 520,-	15 730,-	13 300,-	15 960,-	17 290,-	14 500,-	17 400,-	18 850,-	15 700,-	18 840,-	20 410,-
	Monatseinkommen	1 008,30	1 210,-	1 310,80	1 108,30	1 330,-	1 440,80	1 208,30	1 450,-	1 570,80	1 308,30	1 570,-	1 700,80*

9. Die Besoldungsübersicht (Anlage 4 zu den §§ 15 und 17) erhält folgende Fassung:

„Anlage 4
zu den §§ 15 und 17 der 3. DV-BEG

Besoldungsübersicht

1. Einfacher Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 55. Lebensjahr DM
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	2 700	3 000	3 300	3 450
	bis 31. 3. 1953	3 132	3 480	3 828	4 002
	bis 31. 12. 1955	3 564	3 960	4 356	4 554
	bis 31. 3. 1957	3 888	4 320	4 752	4 968
	bis 31. 5. 1960	4 680	4 914	5 148	5 244
	bis 31. 12. 1960	5 008	5 258	5 508	5 611
	bis 30. 6. 1962	5 409	5 679	5 949	6 060
	bis 28. 2. 1963	5 734	6 020	6 306	6 424
	bis 30. 9. 1964	5 784	6 096	6 720	6 876
	bis 31. 8. 1965	6 247	6 584	7 258	7 426

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
	bis 31. 12. 1965	6 872	7 636	8 018	8 400
	bis 30. 9. 1966	7 147	7 941	8 339	8 736
	bis 30. 6. 1968	7 433	8 259	8 673	9 085
	bis 31. 3. 1969	7 730	8 589	9 020	9 448

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
	bis 31. 8. 1969	9 162	10 284	10 848
	bis 31. 12. 1970	10 306	11 512	12 115
	bis 31. 12. 1971	11 516	12 798	13 440
	bis 31. 12. 1972	12 555	13 893	14 563
	bis 31. 12. 1973	13 889	15 311	16 021
	bis 31. 12. 1974	15 898	17 341	18 062
	bis 31. 1. 1976	16 852	18 381	19 146
	bis 31. 1. 1977	17 823	19 346	20 107
	bis 28. 2. 1978	18 743	20 346	21 148
	bis 28. 2. 1979	19 566	21 241	22 079
	bis 29. 2. 1980	20 328	22 071	22 942
	bis 28. 2. 1981	21 579	23 431	24 357
	bis 30. 6. 1982	22 576	24 494	25 453
	ab 1. 7. 1982	23 320	25 321	26 321

2. Mittlerer Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 55. Lebensjahr DM
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 400	4 000	4 600	4 900
	bis 31. 3. 1953	3 944	4 640	5 336	5 684
	bis 31. 12. 1955	4 488	5 280	6 072	6 468
	bis 31. 3. 1957	4 896	5 760	6 624	7 056
	bis 31. 5. 1960	5 698	6 622	7 084	7 448
	bis 31. 12. 1960	6 097	7 086	7 580	7 969
	bis 30. 6. 1962	6 585	7 653	8 186	8 607
	bis 30. 9. 1964	6 980	8 112	8 677	9 123
	bis 31. 8. 1965	7 538	8 761	9 371	9 853

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
bis 31. 12. 1965	8 148	9 120	9 606	10 092
bis 30. 9. 1966	8 474	9 485	9 990	10 496
bis 30. 6. 1968	8 813	9 864	10 390	10 916
bis 31. 3. 1969	9 166	10 259	10 806	11 353

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
bis 31. 8. 1969	10 650	12 636	13 629
bis 31. 12. 1970	11 907	14 041	15 108
bis 31. 12. 1971	13 640	16 216	17 505
bis 31. 12. 1972	14 894	17 578	18 919
bis 31. 12. 1973	16 430	19 278	20 703
bis 31. 12. 1974	18 498	21 427	22 891
bis 31. 1. 1976	19 608	22 713	24 264
bis 31. 1. 1977	20 620	23 778	25 357
bis 28. 2. 1978	21 675	25 004	26 668
bis 28. 2. 1979	22 611	26 086	27 823
bis 29. 2. 1980	23 483	27 096	28 903
bis 28. 2. 1981	24 912	28 753	30 673
bis 30. 6. 1982	26 016	29 995	31 984
ab 1. 7. 1982	26 895	31 045	33 120

3. Gehobener Dienst

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 55. Lebensjahr DM
Erreichbare Dienstbezüge bis 30. 9. 1951	4 800	6 000	7 200	7 800
bis 31. 3. 1953	5 568	6 960	8 352	9 048
bis 31. 12. 1955	6 336	7 920	9 504	10 296
bis 31. 3. 1957	6 912	8 640	10 368	11 232
bis 31. 5. 1960	7 752	9 576	10 944	11 700
bis 31. 12. 1960	8 295	10 246	11 710	12 519
bis 30. 6. 1962	8 959	11 066	12 647	13 395
bis 30. 9. 1964	9 497	11 730	13 279	14 065
bis 31. 8. 1965	10 257	12 551	14 209	15 050

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
bis 31. 12. 1965	11 490	13 296	14 198	15 100
bis 30. 9. 1966	11 950	13 828	14 766	15 704
bis 30. 6. 1968	12 428	14 381	15 357	16 332
bis 31. 3. 1969	12 925	14 956	15 971	16 985

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
bis 31. 8. 1969	14 712	17 592	19 032
bis 31. 12. 1970	16 095	19 131	20 649
bis 31. 12. 1971	17 838	20 976	22 544
bis 31. 12. 1972	19 401	22 647	24 269
bis 31. 12. 1973	21 272	24 696	26 407
bis 31. 12. 1974	23 577	27 318	29 188
bis 31. 1. 1976	24 992	28 957	30 939

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
bis 31. 1. 1977	26 040	30 133	32 180
bis 28. 2. 1978	27 286	31 525	33 645
bis 28. 2. 1979	28 416	32 802	34 995
bis 29. 2. 1980	29 475	34 007	36 273
bis 28. 2. 1981	31 243	36 046	38 447
bis 30. 6. 1982	32 547	37 507	39 988
ab 1. 7. 1982	33 633	38 752	41 311

4. Höherer Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 55. Lebensjahr DM
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	7 100	9 300	11 500	12 600
	bis 31. 3. 1953	8 236	10 788	13 340	14 616
	bis 31. 12. 1955	9 372	12 276	15 180	16 632
	bis 31. 3. 1957	10 224	13 392	16 560	18 144
	bis 31. 5. 1960	10 792	14 136	17 480	18 900
	bis 31. 12. 1960	11 547	14 984	18 529	20 034
	bis 30. 6. 1962	12 471	16 033	19 826	21 436
	bis 30. 9. 1964	13 095	16 835	20 817	22 508
	bis 31. 8. 1965	14 012	18 013	22 274	24 084
	bis 31. 12. 1965	16 360	18 726	22 274	24 084
	bis 30. 9. 1966	17 014	19 475	23 165	24 084
	bis 30. 6. 1968	17 695	20 254	23 860	24 720
	bis 31. 3. 1969	18 403	20 963	24 695	25 585

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
bis 31. 8. 1969	20 036	23 368	25 034	26 700
bis 31. 12. 1970	21 614	25 088	26 825	28 562
bis 31. 12. 1971	24 177	28 451	30 588	32 724
bis 31. 12. 1972	25 825	30 089	32 221	34 353
bis 31. 12. 1973	27 986	32 380	34 577	36 776
bis 31. 12. 1974	30 753	35 445	37 790	40 136
bis 31. 1. 1976	32 465	37 304	39 724	42 143
bis 31. 1. 1977	33 775	38 759	41 252	43 744
bis 28. 2. 1978	35 347	40 439	42 984	45 530
bis 28. 2. 1979	36 708	41 948	44 569	47 189
bis 29. 2. 1980	38 031	43 380	46 055	48 730
bis 28. 2. 1981	40 211	45 790	48 580	51 369
bis 30. 6. 1982	41 801	47 541	50 412	53 282
ab 1. 7. 1982	43 170	49 089	52 049	55 008.

10. Die Besoldungsübersicht (Anlage 5 c zu § 22) erhält folgende Fassung:

„Anlage 5 c
zu § 22 der 3. DV-BEG

Besoldungsübersicht

Rente

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
1. Einfacher Dienst				
1. Dienst Einkommen jährlich				
	bis 31. 8. 1969	9 162	10 284	10 848
	bis 31. 12. 1970	10 306	11 512	12 115
	bis 31. 12. 1971	11 516	12 798	13 440
	bis 31. 12. 1972	12 555	13 893	14 563

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
	bis 31. 12. 1973	13 889	15 311	16 021
	bis 31. 12. 1974	15 898	17 341	18 062
	bis 31. 1. 1976	16 852	18 381	19 146
	bis 31. 1. 1977	17 823	19 346	20 107
	bis 28. 2. 1978	18 743	20 346	21 148
	bis 28. 2. 1979	19 566	21 241	22 079
	bis 29. 2. 1980	20 328	22 071	22 942
	bis 28. 2. 1981	21 579	23 431	24 357
	bis 30. 6. 1982	22 576	24 494	25 453
	ab 1. 7. 1982	23 320	25 321	26 321
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	4 123	6 685	7 919
	bis 31. 12. 1970	4 638	7 483	8 844
	bis 31. 12. 1971	5 182	8 319	9 811
	bis 31. 12. 1972	5 650	9 030	10 631
	bis 31. 12. 1973	6 250	9 952	11 695
	bis 31. 12. 1974	7 154	11 272	13 185
	bis 31. 1. 1976	7 583	11 948	13 977
	bis 31. 1. 1977	8 020	12 575	14 678
	bis 28. 2. 1978	8 434	13 225	15 438
	bis 28. 2. 1979	8 805	13 807	16 118
	bis 29. 2. 1980	9 148	14 346	16 748
	bis 28. 2. 1981	9 711	15 230	17 781
	bis 30. 6. 1982	10 159	15 921	18 581
	ab 1. 7. 1982	10 494	16 459	19 214
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	2 748	4 452	5 280
	bis 31. 12. 1970	3 096	4 992	5 892
	bis 31. 12. 1971	3 456	5 544	6 540
	bis 31. 12. 1972	3 768	6 024	7 092
	bis 31. 12. 1973	4 164	6 636	7 800
	bis 31. 12. 1974	4 764	7 512	8 796
	bis 31. 1. 1976	5 052	7 968	9 324
	bis 31. 1. 1977	5 352	8 388	9 780
	bis 28. 2. 1978	5 628	8 820	10 296
	bis 28. 2. 1979	5 868	9 204	10 740
	bis 29. 2. 1980	6 096	9 564	11 160
	bis 28. 2. 1981	6 480	10 152	11 856
	bis 30. 6. 1982	6 780	10 620	12 384
	ab 1. 7. 1982	6 996	10 968	12 804
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	229	371	440
	bis 31. 12. 1970	258	416	491
	bis 31. 12. 1971	288	462	545
	bis 31. 12. 1972	314	502	591
	bis 31. 12. 1973	347	553	650
	bis 31. 12. 1974	397	626	733
	bis 31. 1. 1976	421	664	777
	bis 31. 1. 1977	446	699	815
	bis 28. 2. 1978	469	735	858
	bis 28. 2. 1979	489	767	895
	bis 29. 2. 1980	508	797	930
	bis 28. 2. 1981	540	846	988
	bis 30. 6. 1982	565	885	1 032
	ab 1. 7. 1982	583	914	1 067
2. Mittlerer Dienst				
1. Dienstehkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	10 650	12 636	13 629
	bis 31. 12. 1970	11 907	14 041	15 108
	bis 31. 12. 1971	13 640	16 216	17 505
	bis 31. 12. 1972	14 894	17 578	18 919
	bis 31. 12. 1973	16 430	19 278	20 703
	bis 31. 12. 1974	18 498	21 427	22 891
	bis 31. 1. 1976	19 608	22 713	24 264
	bis 31. 1. 1977	20 620	23 778	25 357
	bis 28. 2. 1978	21 675	25 004	26 668
	bis 28. 2. 1979	22 611	26 086	27 823
	bis 29. 2. 1980	23 483	27 096	28 903

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
	bis 28. 2. 1981	24 912	28 753	30 673
	bis 30. 6. 1982	26 016	29 995	31 984
	ab 1. 7. 1982	26 895	31 045	33 120
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	4 793	8 213	9 949
	bis 31. 12. 1970	5 358	9 127	11 029
	bis 31. 12. 1971	6 138	10 540	12 779
	bis 31. 12. 1972	6 702	11 426	13 811
	bis 31. 12. 1973	7 394	12 531	15 113
	bis 31. 12. 1974	8 324	13 928	16 710
	bis 31. 1. 1976	8 824	14 763	17 713
	bis 31. 1. 1977	9 279	15 456	18 511
	bis 28. 2. 1978	9 754	16 253	19 468
	bis 28. 2. 1979	10 175	16 956	20 311
	bis 29. 2. 1980	10 567	17 612	21 099
	bis 28. 2. 1981	11 210	18 690	22 391
	bis 30. 6. 1982	11 707	19 497	23 348
	ab 1. 7. 1982	12 103	20 179	24 178
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	3 192	5 472	6 636
	bis 31. 12. 1970	3 576	6 084	7 356
	bis 31. 12. 1971	4 092	7 032	8 520
	bis 31. 12. 1972	4 464	7 620	9 204
	bis 31. 12. 1973	4 932	8 352	10 080
	bis 31. 12. 1974	5 544	9 288	11 136
	bis 31. 1. 1976	5 880	9 840	11 808
	bis 31. 1. 1977	6 192	10 308	12 336
	bis 28. 2. 1978	6 504	10 836	12 984
	bis 28. 2. 1979	6 780	11 304	13 536
	bis 29. 2. 1980	7 044	11 736	14 064
	bis 28. 2. 1981	7 476	12 456	14 928
	bis 30. 6. 1982	7 800	12 996	15 564
	ab 1. 7. 1982	8 064	13 452	16 116
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	266	456	553
	bis 31. 12. 1970	298	507	613
	bis 31. 12. 1971	341	586	710
	bis 31. 12. 1972	372	635	767
	bis 31. 12. 1973	411	696	840
	bis 31. 12. 1974	462	774	928
	bis 31. 1. 1976	490	820	984
	bis 31. 1. 1977	516	859	1 028
	bis 28. 2. 1978	542	903	1 082
	bis 28. 2. 1979	565	942	1 128
	bis 29. 2. 1980	587	978	1 172
	bis 28. 2. 1981	623	1 038	1 244
	bis 30. 6. 1982	650	1 083	1 297
	ab 1. 7. 1982	672	1 121	1 343
3. Gehobener Dienst				
1. Dienstehkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	14 712	17 592	19 032
	bis 31. 12. 1970	16 095	19 131	20 649
	bis 31. 12. 1971	17 838	20 976	22 544
	bis 31. 12. 1972	19 401	22 647	24 269
	bis 31. 12. 1973	21 272	24 696	26 407
	bis 31. 12. 1974	23 577	27 318	29 188
	bis 31. 1. 1976	24 992	28 957	30 939
	bis 31. 1. 1977	26 040	30 133	32 180
	bis 28. 2. 1978	27 286	31 525	33 645
	bis 28. 2. 1979	28 416	32 802	34 995
	bis 29. 2. 1980	29 475	34 007	36 273
	bis 28. 2. 1981	31 243	36 046	38 447
	bis 30. 6. 1982	32 547	37 507	39 988
	ab 1. 7. 1982	33 633	38 752	41 311
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	6 620	11 435	13 893
	bis 31. 12. 1970	7 243	12 435	15 074
	bis 31. 12. 1971	8 027	13 634	16 457
	bis 31. 12. 1972	8 730	14 721	17 716

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
	bis 31. 12. 1973	9 572	16 052	19 277
	bis 31. 12. 1974	10 610	17 757	21 307
	bis 31. 1. 1976	11 246	18 822	22 585
	bis 31. 1. 1977	11 718	19 586	23 491
	bis 28. 2. 1978	12 279	20 491	24 561
	bis 28. 2. 1979	12 787	21 321	25 546
	bis 29. 2. 1980	13 264	22 105	26 479
	bis 28. 2. 1981	14 059	23 430	28 066
	bis 30. 6. 1982	14 646	24 380	29 191
	ab 1. 7. 1982	15 135	25 189	30 157
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	4 416	7 620	9 264
	bis 31. 12. 1970	4 824	8 292	10 044
	bis 31. 12. 1971	5 352	9 096	10 968
	bis 31. 12. 1972	5 820	9 816	11 808
	bis 31. 12. 1973	6 384	10 704	12 852
	bis 31. 12. 1974	7 068	11 844	14 208
	bis 31. 1. 1976	7 500	12 552	15 060
	bis 31. 1. 1977	7 812	13 056	15 660
	bis 28. 2. 1978	8 184	13 656	16 380
	bis 28. 2. 1979	8 520	14 220	17 028
	bis 29. 2. 1980	8 844	14 736	17 652
	bis 28. 2. 1981	9 372	15 624	18 708
	bis 30. 6. 1982	9 768	16 248	19 464
	ab 1. 7. 1982	10 092	16 788	20 100
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	368	635	772
	bis 31. 12. 1970	402	691	837
	bis 31. 12. 1971	446	758	914
	bis 31. 12. 1972	485	818	984
	bis 31. 12. 1973	532	892	1 071
	bis 31. 12. 1974	589	987	1 184
	bis 31. 1. 1976	625	1 046	1 255
	bis 31. 1. 1977	651	1 088	1 305
	bis 28. 2. 1978	682	1 138	1 365
	bis 28. 2. 1979	710	1 185	1 419
	bis 29. 2. 1980	737	1 228	1 471
	bis 28. 2. 1981	781	1 302	1 559
	bis 30. 6. 1982	814	1 354	1 622
	ab 1. 7. 1982	841	1 399	1 675

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
----------------------------	--	---	---	---	--

4. Höherer Dienst

1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	20 036	23 368	25 034	26 700
	bis 31. 12. 1970	21 614	25 088	26 825	28 562
	bis 31. 12. 1971	24 177	28 451	30 588	32 724
	bis 31. 12. 1972	25 825	30 089	32 221	34 353
	bis 31. 12. 1973	27 986	32 380	34 577	36 776
	bis 31. 12. 1974	30 753	35 445	37 790	40 136
	bis 31. 1. 1976	32 465	37 304	39 724	42 143
	bis 31. 1. 1977	33 775	38 759	41 252	43 744
	bis 28. 2. 1978	35 347	40 439	42 984	45 530
	bis 28. 2. 1979	36 708	41 948	44 569	47 189
	bis 29. 2. 1980	38 031	43 380	46 055	48 730
	bis 28. 2. 1981	40 211	45 790	48 580	51 369
	bis 30. 6. 1982	41 801	47 541	50 412	53 282
	ab 1. 7. 1982	43 170	49 089	52 049	55 008
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	7 013	12 852	18 275	20 016
	bis 31. 12. 1970	7 565	13 798	19 582	21 420
	bis 31. 12. 1971	8 462	15 648	21 106	23 561
	bis 31. 12. 1972	9 039	16 549	22 232	24 734
	bis 31. 12. 1973	9 795	17 809	23 858	26 479

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
	bis 31. 12. 1974	10 764	19 495	26 075	28 898
	bis 31. 1. 1976	11 363	20 517	27 410	30 343
	bis 31. 1. 1977	11 821	21 317	28 464	31 496
	bis 28. 2. 1978	12 372	22 242	29 659	32 782
	bis 28. 2. 1979	12 848	23 071	30 753	33 976
	bis 29. 2. 1980	13 311	23 859	31 778	35 086
	bis 28. 2. 1981	14 114	25 185	33 520	36 986
	bis 30. 6. 1982	14 672	26 148	34 784	38 363
	ab 1. 7. 1982	15 153	26 999	35 914	39 606
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	4 680	8 568	12 180	13 344
	bis 31. 12. 1970	5 040	9 204	13 056	14 280
	bis 31. 12. 1971	5 640	10 440	14 076	15 708
	bis 31. 12. 1972	6 024	11 028	14 820	16 488
	bis 31. 12. 1973	6 528	11 868	15 900	17 652
	bis 31. 12. 1974	7 176	12 996	17 388	19 260
	bis 31. 1. 1976	7 572	13 680	18 276	20 232
	bis 31. 1. 1977	7 884	14 208	18 972	21 000
	bis 28. 2. 1978	8 244	14 832	19 776	21 852
	bis 28. 2. 1979	8 568	15 384	20 508	22 656
	bis 29. 2. 1980	8 880	15 912	21 180	23 388
	bis 28. 2. 1981	9 408	16 788	22 344	24 660
	bis 30. 6. 1982	9 780	17 436	23 184	25 572
	ab 1. 7. 1982	10 104	18 000	23 940	26 400
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	390	714	1 015	1 112
	bis 31. 12. 1970	420	767	1 088	1 190
	bis 31. 12. 1971	470	870	1 173	1 309
	bis 31. 12. 1972	502	919	1 235	1 374
	bis 31. 12. 1973	544	989	1 325	1 471
	bis 31. 12. 1974	598	1 083	1 449	1 605
	bis 31. 1. 1976	631	1 140	1 523	1 686
	bis 31. 1. 1977	657	1 184	1 581	1 750
	bis 28. 2. 1978	687	1 236	1 648	1 821
	bis 28. 2. 1979	714	1 282	1 709	1 888
	bis 29. 2. 1980	740	1 326	1 765	1 949
	bis 28. 2. 1981	784	1 399	1 862	2 055
	bis 30. 6. 1982	815	1 453	1 932	2 131
	ab 1. 7. 1982	842	1 500	1 995	2 200."

Artikel 4**Berlin-Klausel**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 240 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 5**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1982 in Kraft.

Bonn, den 22. Februar 1983

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Finanzen
Stoltenberg

Bundesgesetzblatt**Teil II****Nr. 4, ausgegeben am 23. Februar 1983**

Tag	Inhalt	Seite
17. 2. 83	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 6. April 1974 über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen neu: 9510-14	62
20. 1. 83	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit	104
21. 1. 83	Bekanntmachung über die Weitergeltung des deutsch-britischen Auslieferungsvertrags in der Fassung der Vereinbarung vom 23. Februar 1960 über die Auslieferung flüchtiger Verbrecher im Verhältnis zu Tonga	106
21. 1. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über sichere Container	108
24. 1. 83	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-kenianischen Luftverkehrsabkommens	108
24. 1. 83	Bekanntmachung zu dem Europäischen Übereinkommen über die Adoption von Kindern	108
24. 1. 83	Bekanntmachung zu dem Übereinkommen Nr. 3 der Internationalen Arbeitsorganisation betreffend die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft	109
25. 1. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung	111
25. 1. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen	112
26. 1. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen	112
26. 1. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen	113
26. 1. 83	Bekanntmachung zu den Artikeln 25 und 46 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und zum Protokoll Nr. 4 zu dieser Konvention	114
26. 1. 83	Bekanntmachung zu dem deutsch-amerikanischen Verwaltungsabkommen über die Rechtsstellung von Kreditgenossenschaften der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland	115
26. 1. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation	116
27. 1. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls vom 7. Februar 1970 zu den Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM) und den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV)	116
28. 1. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie nebst Zusatzvereinbarungen	117
31. 1. 83	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar über Finanzielle Zusammenarbeit	117
1. 2. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung	119
1. 2. 83	Bekanntmachung von Änderungen des Übereinkommens zur Errichtung der Interamerikanischen Entwicklungsbank	119
7. 2. 83	Bekanntmachung zu dem Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	121
10. 2. 83	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ghana über Finanzielle Zusammenarbeit	122
12. 2. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens	123

Preis dieser Ausgabe: 7,10 DM (6,- DM zuzüglich 1,10 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,90 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5 %.

Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99 - 509 oder gegen Vorausrechnung.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz - Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. - Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 50,40 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,50 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1982 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,80 DM (3,- DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,60 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 5702 A · Gebühr bezahlt

**Neuaufgaben
erschienen**

Fundstellennachweis A

Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1982 - Format DIN A4 - Umfang 392 Seiten

Die Neuauflage 1982 weist folgende Vorschriften mit den inzwischen eingetretenen Änderungen nach:

- a) die im Bundesgesetzblatt Teil III enthaltenen,
 - b) (von völkerrechtlichen Vereinbarungen und Verträgen mit der DDR abgesehen) die nach dem 31. Dezember 1963 im Bundesgesetzblatt Teil I und II sowie im Bundesanzeiger verkündeten,
- soweit sie noch gültig sind.

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1982 - Format DIN A4 - Umfang 460 Seiten

Der Fundstellennachweis B enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die - soweit ersichtlich - noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Herausgegeben vom Bundesminister der Justiz

Einzelstücke können zum Preis von 26,50 DM zuzüglich 2,00 DM Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509 bezogen werden. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.